

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 1/2 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergrasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Gr.; anderwärts 1 Thlr. 30 Gr. Inhaber nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Neudamm 50, in Leipzig: Friedrich Vögel, in Altona: Gustav Klein, in Hamburg: J. Neumann und J. Schöningh.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Warschau, 23. Mai. Der heutige „Dziennik Powszechny“ publicirt die Regierungs-Verordnung in Betreff der Einführung der Landespolizei und zugleich einen Befehl an die Civilgouverneure, zufolge des theilweise niedergedrückten Aufstandes sämmtliche an den Unordnungen Theil nehmende Beamte zu entlassen und durch solche Personen zu ersetzen, welche das Vertrauen der Regierung verdienen.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Lemberg, 22. Mai. Der Insurgentenführer Bawlowicz ist am Bug geschlagen worden. Wisniowski, der die Aufständischen im Soltwiewer Kreise (in dem Grenzviereck Volhyniens gegen Congresspolen und Galizien) kommandirt, hat von den Russen verfolgt, seine Truppe getheilt und zieht sich ins Innere von Volhynien. Czerwiniski ist nach Tuczajah gegangen. Laut der „Gazeta Narodowa“ stehen im östlichen Podolien vier Insurgentencorps.

Brüssel, 22. Mai. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Verträge zur Ablösung des Scheldezolls mit Bremen, Lübeck, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Holland, so wie den Maas-Bewässerungs- und Handelsvertrag mit Holland mit Stimmeneinheit angenommen.

Paris, 22. Mai. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Schreiben Persignys an den Seinepräsidenten, Senator Hausmann, in welchem die Candidatur des Herrn Thiers als Vorkämpfer der erklärten Feinde des Kaisers und als eines Repräsentanten des Regimes, welches Frankreich verdammt hat und welches ihm verhängnisvoll gewesen ist, bekämpft wird.

Kopenhagen, 22. Mai. In der gestrigen Abend-sitzung des Reichsraths zog Krüger - Vostoft seinen Vorschlag einer Gesamtverfassung für Dänemark-Schleswig zurück, nachdem das Ministerium denselben als unzeitgemäß bezeichnet hatte. Der Procurator Christensen nahm ihn wieder auf; in der sich entspinneuden Debatte erklärten die Minister, competent zur Behandlung eines Antrages der Art würden der Reichstag und die schleswischen Stände sein. Die zweite Lesung wurde mit allen Stimmn gegen vier abgelehnt.

London, 22. Mai. Die Newyorker Post vom 8. d. bringt die Nachricht, daß Hooper mit seiner ganzen Armee über den Rappahannock nach Falmouth zurückgegangen ist. Der Rückzug begann am 5. d. Nachts; die Unionisten nahmen sich nicht die Zeit ihre Todten zu begraben und überließen die Verwundeten auf dem Schlachtfelde ihrem Schicksal. Lee nimmt einen großen Sieg in Anspruch.

London, 21. Mai. Der Dampfer „City of Glasgow“ ist mit 7600 Doll. an Contanten und mit Nachrichten bis zum 7. d. aus Newyork in Queenstown eingetroffen. Bis zum 5. Morgens hatten Regengüsse den General Hooper von der Erneuerung des Kampfes abgehalten. Die Division des Generals Sedgewick hatte Hooper erreicht; die Generale Stonewall Jackson und Hills waren gefährlich verwundet und nach einem Gerüchte war General Kanjom getödtet worden. General Heintzelmann soll mit 30,000 Mann zur Verstärkung Hoopers herangezogen. — Das Goldagio war in Newyork 52.

## Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 22. Mai. [Adreß-Debatte.] Präsident: Grabow. Tribünen überfüllt, auch Herrenhaus- und Diplomatenloge stark besetzt. Am Ministerische Niemand.

Der Adreßentwurf der Commission ist im Wesentlichen bereits in Nr. 1867 dieser Zeitung mitgetheilt. Nur der Eingang ist modificirt und lautet: „Allerburchlauchtigster etc. etc. Ew. Majestät Allerhöchste Botschaft vom 20. d. Mts. ist von dem Hause der Abgeordneten ehrsüchtig entgegengenommen worden. Derselbe bezieht sich auf den Hergang, welcher in der ehrsüchtig beigefügten Ausfertigung des betreffenden Theils der stenographischen Berichte wiedergegeben ist. Wir können daraus nur entnehmen, daß Ew. Majestät die Verhandlungen des Hauses nicht wahrheitsgetreu vorgetragen worden sind. Unser Präsident hat in der Sitzung vom 11. d. M. nicht den Anspruch erhoben, die Minister Ew. Majestät unter Berufung auf seine Disciplinargewalt den Ministern Schweigen geboten, sondern nur Gebrauch gemacht von dem stets und ohne Widerspruch der Minister geltenden Recht, das Wort jederzeit selbst zu ergreifen und zu dem Zwecke Schweigen zu verlangen. In Uebereinstimmung damit hat das Haus der Abgeordneten am 15. d. Mts. den Beschluß gefaßt: daß der Präsident vermöge des ihm allein zustehenden Rechts, die Verhandlungen zu leiten und die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten, jeden Redner, auch die Minister und deren Stellvertreter, unterbrechen kann. Das Haus hat hiernach von den Ministern keine Verzichtleistung auf ihre verfassungsmäßige selbstständige Stellung gefordert; es hat sich streng auf den vorliegenden Fall beschränkt, und zur Vermeidung eines weber dadurch, noch durch die Zeitumstände gebotenen Streites jede Beschlußfassung über das Recht zum Ordnungsruß, zur Entziehung des Wortes und zu einer sogenannten Disciplinargewalt sorgfältig vermieden. Dagegen haben die Minister Ew. Majestät wider den Wortlaut der Verfassung, welcher jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen abhängig gemacht von der unumgänglichen Bedingung der Zurücknahme einer Behauptung, welche bei diesem Hergang weber von dem Präsidium, noch von dem Hause ausgesprochen war.“

Referent v. Unruh fährt aus, daß die Adresse nicht durch den letzten Conflict veranlaßt sei, sondern durch die allgemeine Lage des Landes. Namentlich seit Eröffnung der gegenwärtigen Session hat die Staatsregierung ein gewisses System in ihrem Verhalten gegen dieses Haus verfolgt, das darauf berechnet war, die Bedeutung dieses Factors mehr und mehr herabzudrücken, immer mehr und mehr die Mißachtung dieses Hauses auszusprechen, theils im Ernst, theils in übelangebrachten Scherzen. Auf die letzten Vorgänge übergehend, bemerkt Redner: In der ausdrücklichen Erklärung des Hauses, daß das den Ministern nach Artikel 60 der Verfassung zustehende Recht nicht angegriffen worden sei, war auch die Erklärung enthalten, daß dasselbe auch in Zukunft nicht angegriffen werden solle. Auf Grund dessen hätten die Minister in diesem Hause erscheinen können, ohne ihrer Ehre irgend zu nahe zu treten. Dies war aber nicht die Absicht der Minister, deren nachfolgende Schritte vielmehr die von Anfang an herrschende Absicht, den bestehenden Conflict zu steigern, darthue. Das Ministerium lenkt nicht nur nicht ein, es fest seine Weigerung fort und verlangt, daß das Haus den Ansichten der Minister sich einfach zu unterwerfen und die verlangte Erklärung abzugeben habe. Die Minister haben nicht nur an ihrem früheren Verfahren festgehalten, sie sind sogar soweit gegangen, wegen einer Kritik über das Verfahren des Präsidenten dieses Hauses die Allerhöchste Person in einen Etiquettenstreit zu ziehen. — In einem absoluten Staate ist ein königlicher Erlaß nicht notwendig Contraspignatur der Minister und deren dadurch übernommene Verantwortlichkeit anders: der Inhalt eines Rgl. Erlasses ist damit der Beurtheilung unterworfen. Dadurch, daß vorläufig erlassene königliche Verordnungen dem Landtage zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden müssen, ist diese Berechtigung, solche Verordnungen zu kritisiren, auch ausdrücklich anerkannt. Ich verwehre mich jedoch von vorn herein dagegen, als ob ich beabsichtigte, die Ehrfurcht gegen Ew. Maj. den König durch diese Kritik im Geringsten zu verletzen. Die königliche Botschaft wiederholt den Inhalt des früheren ministeriellen Schreibens und die in demselben enthaltenen wahrheitswidrigen Thatsachen; sie geht aber noch weiter, indem sie ausspricht, daß das Haus indirect den vom Präsidenten erhobenen Anspruch auf Disciplinargewalt über die Minister sich angeeignet habe. Hierbei wird auf den dem Beschluß des Hauses vorangehenden Commissions-Bericht Rücksicht genommen und ein solches Zurückgehen auf die Motive der Commission ist etwas Unerhörtes. — Ich habe neulich schon ausgesprochen, daß die gegenwärtige Krise den Kampf zwischen dem absoluten und dem Verfassungsstaate darstellt. Eine Bestätigung dieser Ansicht aber liegt in der an dieses Haus gerichteten „Ermaahnung“, dem Verlangen der Minister nachzukommen. (Hört! Hört! Sehr richtig! links.) Dies ist der Standpunkt des patriarchalischen Staates, der Standpunkt des beschränkten Unterthanenverstandes. Damit tritt die Frage auf, ob die Minister nicht über dem Hause stehen, es wird eine Disciplinargewalt der Minister über das Haus beansprucht. Und doch ist, da das Haus das Recht hat, ihm vorgelegte Gegenwürfe abzulehnen, das Ministerium aber an die Entschuldigungen der Krone gebunden ist, eine Parallele zwischen dem Staatsministerium und diesem Hause ganz unübersehbar. Der heute vorgelegte Adreßentwurf ist mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen worden, von welchen zwei der Eine nur mit der Form nicht einverstanden war. Auf die kleinen Meinungsverschiedenheiten in der Commission will ich nicht eingehen. Ein Punkt erfordert eine nähere Berührung. In der Commission tauchte die Ansicht auf, die Adresse auf den letzten Conflict zu beschränken; es überwand indessen die Meinung, sie auf die ganze Lage des Landes auszudehnen. Die letzten Schritte des Ministeriums bedrohen alle constitutionellen Formen, und in ihnen den constitutionellen Staat, der in sich einig ist. Wer im gewöhnlichen Leben einen Gefährten sucht, der prüft seine Eigenschaften, seine Talente, seinen Character. Dasselbe gilt unter Staaten; unser Volk ist so zuverlässig, wie ein anderes, aber es hat noch nicht die Macht, auf die Politik einzuwirken. Wenn aber unsere Regierung heute der österreichischen Regierung den Rath giebt, ihren Schwerpunkt nach Ungarn zu verlegen, und morgen es ermöglicht, daß Gerüchte entstehen, die heilige Allianz solle wieder hergestellt werden, so entbehrt sie jeder Zuverlässigkeit. Preußen muß eine liberale Politik verfolgen; es ist nicht ein morscher Stamm, nicht eine „halbe Maßregel“, sondern ein junger, lebenskräftiger Baum.

Ich freue mich, mit dem Entwurf des Grafen Schwerin in vielen Punkten übereinstimmen zu können, doch konnte ich ihm die Commission nicht anschließen. Der Antragsteller hat erklärt, es nicht für angemessen zu halten, daß eine Anklageschrift gegen die Minister an die Krone gerichtet werde. Da wir aber das Petitum gestellt haben, die Minister zu entlassen — ein Petitum, dem auch der Schwerin'sche Entwurf in seinem Schluß nahe kommt — müßten wir es gründlich motiviren. Was das Ministerium thun wird, können wir nicht wissen, sondern nur vermuten; sollte aber das Ministerium die Sitzung nicht auflösen, sondern schließen, so wäre das ein neuer eclatanter Verfassungsverstoß, denn es hieße, die Beratungen des Budgets unmöglich machen. (Hört! Hört! Sehr wahr!) Seitdem die Lücke in unserer Verfassung erfunden wurde, — erfunden, nicht entdeckt, denn sie ist in der That nicht darin vorhanden — hat man noch viele andere Lücken behauptet, und bald wird unsere Verfassung selbst nur noch eine große Lücke sein. Es handelt sich um die Frage, ob wir noch ein constitutioneller Staat sein sollen. Beherrigen

wir den Ausdruck, den wir vom Ministerium kürzlich gehört haben: „die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte ist Pflicht, ihr Aufgeben Willkür.“ — Der Ministerpräsident hat uns vor kurzem erklärt, er habe die Verfassung eben so wohl beschworen, als wir. Zeigen wir, daß wir unsern Eid halten. (Bravo!)

Abg. Reichensperger (Geldern): Trotz seiner Anerkennung der Nothwendigkeit einer Adresse, werde er für keinen der beiden vorgelegten stimmen. Gegen den Commissions-Entwurf spreche, daß der bisher stets energisch zurückgewiesene Gedanke der „parlamentarischen Regierung“ darin mit der unzweifelhaftesten Klarheit zum Ausdruck gelangt sei. Ein Theil der darin enthaltenen Vorwürfe über den budgetlosen Zustand n. s. w. sei richtig, man müsse doch aber den tatsächlichen Zustand in's Auge fassen. Gegen den Schwerin'schen Entwurf spreche namentlich die Beifügung der vielen Schriftstücke. Derselbe involvire gegen Ew. Maj. den Vorwurf, daß derselbe sich nicht informirt, sondern einseitig habe Vortrag halten lassen. Er könne von dieser Voraussetzung nicht ausgehen. Die stenographischen Berichte seien nicht maßgebend. Die Stelle vom Wechsel der Personen im Commissions-Entwurf enthalte nicht mehr als einen Rath an die Krone, sondern den Ausdruck der absoluten Nothwendigkeit, die Minister aus der Majorität des Hauses zu wählen. Dieser Satz der Majorität führe zur Dicitatur und zwar zur uneligsten Dicitatur, zu der einer schwankenden in sich zerbrochenden Majorität. Er stimme gegen die vorgelegten Adressen und glaube auch so seinem Verfassungsgeide gerecht zu werden. (Beifall bei den Katholiken.)

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Der Vorredner hat theoretische Fragen aufgeworfen und weitläufig erörtert. Auf den Kern der Frage ist er indes dabei nie eingegangen (hört!). Wenn andere Verfassungsfragen zur Entscheidung des Hauses gelangen sollten, so wird sich dasselbe gewiß nicht scheuen, jede einzelne in dem gegebenen Falle zu erörtern und zu entscheiden; aber im Allgemeinen darüber Kapitel aus Kollegienheften vorzulesen, ist Sache des Ratheders, nicht dieses Hauses (Sehr richtig!). Abichtlich hat sich das Haus niemals in Debatten über allgemeine Fragen wie: ob königliches, ob parlamentarisches Regiment, die so leicht zu Mißverständnissen führen, eingelassen: nur mit bestimmten Beschlüssen über bestimmte Fragen betritt es einen sichern und festen Boden. Ich gebe zu, daß eine besondere Veranlassung zu einem so außerordentlichen Schritt, wie eine Adresse vorhanden sein muß. Es handelt sich um die Erhaltung des beschworenen Rechts, um die Existenz des Staats. Ich appellire an das Herz derjenigen, die die Adresse auf den berührten Punkt beschränken wollen, ob sie nicht schon lange traurig gewesen über die gemessene Ueberzeugung, daß es unmöglich sei, das beschworene Recht zu erhalten, eine Reformpolitik zu entwickeln. Durch die auswärtige Politik der Regierung ist der preussische Staat aufs höchste bedroht. Bei der eigenthümlichen geographischen Lage des preussischen Staates steht die Existenz desselben auf dem Spiele, wenn der große Zusammenbruch erfolgt. Allerdings wird auch in diesem Zusammenbrüche das edle deutsche Volk nicht untergehen und seine Mission zu erfüllen nicht aufhören, aber die territoriale Einheit wird dann nicht aufrecht erhalten werden. Wir haben die Pflicht, deshalb unsere warnende Stimme zu erheben, wo es sich um eine Existenzfrage für den Staat, die Krone, die Dynastie handelt.

Was Recht hat vor einigen Jahren der König den obersten Befehl über das Bundesheer in Anspruch genommen. Daran leiden wir ja hauptsächlich, daß Preußen, welchem seiner geographischen Lage wegen vorzugsweise die Vertheidigung deutschen Territoriums obliegt, fast die ganze, oder doch die hauptsächlichste Last der Landesvertheidigung zu tragen hat. Der Anspruch des Königs auf den Oberbefehl war daher gewiß berechtigt und wurde von allen Patrioten unterstützt. Dennoch resignirte die Regierung und verzichtete auf diese Erfüllung der Lebensbedingungen eines aufstrebenden Preußens und suchte sich durch übermäßige Entwicklung der eigenen Militäarkräfte die Macht zu verschaffen, die für den preussischen Staat seine eigenthümliche Lage erfordert. In Consequenz dieser übermäßigen Entwicklung der Militärmacht suchte darauf die Regierung in Ablösung von dem deutschen Volke eine andere Allianz im äußersten Osten, welche es gänzlich abläßt vom deutschen Boden. Deshalb müssen wir dem Könige sagen, daß große Gefahren über seinem Lande, über seinem Volke, seiner Dynastie schweben, daß die Wege, auf denen sein Ministerium den Staat leitet, die Gefahr fort und fort vergrößert, und das Land der Mittel beraubt wird, diese Gefahren zu beschwören. Das deutsche Volk ist ein tapferes Volk, ein loyales Volk. Noch lebt in ihm das alte gaudium proelii und seine Söhne trifft man auf allen Schlachtfeldern, namentlich denen der Freiheit. Wenn wir jetzt den Frieden verlangen, geschieht es nicht aus Feigheit, sondern in gewissenhafter Sorge um das Land und dessen Gedeihen.“ (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Bostowski (der Redner ist außerordentlich schwer zu verstehen): Wenn er und seine Freunde gegen den Commissions-Entwurf stimmen, so geschehe dies mit einem schmerzlichen Gefühl. Man finde in der Adresse Beschwerden und Klagen über die innere Politik des Ministeriums, aber Verfassungs-Verletzung, während es viel tiefere Uebel gebe, welche die Adresse nicht erwähne. Der Militäirstaat, über welchen die Adresse Klage führe, ist in Polen zur Militärbefehlsherrschaft geworden. Der Belagerungszustand sei factisch eingeführt und das Recht beseitigt. (Der Redner geht auf die polnische Frage ein und wird vom Präsidenten unterbrochen.) Der Redner erwidert, daß er nur nachzuweisen beabsichtige, daß er gegen die Adresse stimmen werde, weil vieles in derselben fehle, was er darin aufgenommen zu sehen wünschte.

Abg. v. Sybel: Die Ausführungen des Abgeordneten Reichensperger haben auf mich den Eindruck gemacht, daß er sich von den Grundgedanken der Adresse ein Bild entworfen, das in derselben nicht enthalten ist. Man habe, sagt er, nicht das Recht, der Regierung seine Mitwirkung feierlich aufzukündigen. Das Haus erklärt aber, daß es nicht im Stande sei, die gegenwärtige Richtung der Regierung zu unterstützen, in dieser Richtung mitzuwirken und unsere Schuld ist es ebenfalls nicht, wenn wir uns nicht über einzelne Acte allein der Regierung beschweren können. Denn alle einzelnen Acte sind nichts als Ausflüsse eines rechtswidrigen Systems, von dem uns loszusagen vollständig gerechtfertigt ist. Unsere Ansicht über die Selbstständigkeit der Regierung ist äußerst einfach: die Regierung bewegt sich auf jedem Gebiete der Verwaltung durchaus selbstständig, wenn sie dabei nicht neuer Gesetze und neuer Geldbewilligungen bedarf. Unsere Klage geht nur dahin, daß die gegenwärtige Regierung von dem ersten Tage ihrer Existenz an diese beiden Schranken als nicht vorhanden betrachtet hat. Der Abg. Reichensperger hat nochmals die Unmöglichkeit für die Regierung darzutun gesucht, unsern vorjährigen Budgetbeschlüsse nachzukommen. Die Regierung hatte aber, nachdem wir ihre Forderungen abgelehnt, die Pflicht, sofort Schritte zu thun, um dem Hause ein anderes, annehmbareres Budget vorzulegen.

Die Regierung sagt: ihr habt das Recht zu bewilligen und zu verweigern, aber die Reorganisation, die dreijährige Dienstzeit können wir nicht aufgeben, dies erfordert die Staatsexistenz. Ein solches Verfahren ist die Appellation an das Prinzip der öffentlichen Wohlfahrt, es enthält die Forderung, daß alles Recht sich beugen soll den subjectiven Ansichten der Regierung über das, was sie unter allgemeiner Wohlfahrt versteht. Zur Beurtheilung dieses Verfahrens kann ich mich auf Stahl berufen, der den Grundfay ausgesprochen hat, daß Jeder, der die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt erhöht über Recht und Gesetz stellt, seinem ganzen Standpunkt nach ein Revolutionär ist, gleichviel ob er dem Volke, oder der Regierung angehört. Den besten Belag aber für die Nichtigkeit dieses Anspruchs giebt die Erscheinung, daß die Regierung, welche das Salut publique obenan stellte und sich danach benannte, die französische Conventionsregierung war. Dieses Princip der Allmacht gouvernementaler Willkür hat alle unsere gegenwärtigen Verhältnisse nach allen Seiten hin zerfressen und vergiftet. Das Gesetz sagt, die Kriegsreserven sollen nur bei Ausbruch eines Krieges einberufen werden, die Regierung ruft sie ohne das Vorhandensein dieser gesetzlichen Vorbedingung ein. Das Gesetz bestimmt, die Landwehr solle von ihren Vorgesetzten nur wegen ihres dienstlichen Verhältnisses zur Rechenschaft gezogen werden, die Regierung zieht sie zur Verantwortung wegen Beiträgen zum Nationalfonds und wegen Betheiligung an patriotischen Festen.

Das Gesetz gestattet die Verhaftung eines Abgeordneten nur wegen Verbrechen auf hanthafter That, die Regierung verhaftet einen Abgeordneten, der ruhig in seinem Hause ist und legt ihm Hausarrest auf. (Unruhe in der Fraction Simson. Ruf: zur Sache!) Diese Dinge gehören hierher, sie motiviren unsere Beschwerde gegen das ganze von uns angegriffene System (Bravo links). Oer gehört es auch nicht hierher, wenn man uns sagt, daß man Krieg führen werde, mit oder ohne unsere Bewilligung und uns damit eine neue Perspektive auf rechtlose Bewaltung eröffnet? So ist es heute mit derjenigen Verwaltung beschaffen, die in der Zeit des absoluten Staats in dem Rufe stand, auf dem Fundament der Gerechtigkeit zu beruhigen, die Preußen wesentlich zur mit Großmacht erhoben hat. Jene Zeit ist vorbei: wir leben in einer Zeit, wo eine Excellenz neupreußischer Zeit einem meiner Freunde auf den Hinweis auf die Gesetze geantwortet hat: „Ach was, Gesetze das sind so alte Vorurtheile jetzt heißt es Ordre, und Ordre pariren!“ (Heiterkeit.) Solche Grundfays spricht nun das Ministerium allerdings nicht offen aus, man fürchtet die Manifestationen, die durch dieselbe hervorgerufen werden würden, und sorgt wenigstens für einen Staatstheologen, der eine acceptable Form solcher Grundfays und eine Rechtfertigung beschafft (Heiterkeit). Aber ich glaube doch, daß die verhäulte Gewaltthat noch gefährlicher ist, daß sie zu einer politischen Demoralisation führt, daß man bei Zeiten überlegen sollte, welche furchtbare Verantwortung für den Entwicklungsgang des ganzen Volks man dadurch übernimmt (Beifall).

Ueberblicken wir die Thätigkeit des Ministeriums, zunächst auf dem Gebiete der Gesetzgebung, so hat es ein Gesetz über die Laichzeit der Fische zu Stande gebracht und eines über die Gewährleistung für verkaufte Hausthiere in den hochzollernschen Ländern. (Heiterkeit.) Blicken wir auf die Finanzverwaltung, so sorgt der unermüdlche Fleiß des Volkes dafür, daß in jedem Monate Millionen an Steuern in die Staatscassen fließen; trotzdem ist die Ausbeute aus den Forsten in 3 Jahren um 33% gesteigert worden, ein für die Zukunft des Staates höchst bedeutendes Resultat. Im Gebiete der öffentlichen Arbeiten hat das System einer bloßen Verwaltung zu Störungen geführt. Auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten will ich nicht ausführlich eingehen. Der Bericht hat sich über dieselben mit Recht kurz gefaßt, aber mit gutem Grunde erwähnt er die eine vom Kriegsminister gethanene Aeußerung, daß wir ringsum Feinde haben. Im Herrenhause wurde vor wenig Tagen die Politik der Regierung eine eminent preußische genannt. (Heiterkeit.) Eine Politik aber, die uns in wenigen Monaten aus einer hoffnungreichen Lage in eine völlige Isolirung versetzt, uns ringsum Feinde schafft, ist, wie ich meine, gerade das Gegentheil einer eminent preußischen, d. h. eminent fähigen und eminent erfolgreichen Politik. In diesem verhängnisvollen Augenblick müssen wir an den Stufen des Thrones ehrfurchtsvoll erklären, daß wir kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium besitzen. Dies ist keine leichte Pflicht, aber wenn wir die sich aufblühende Gefahr für Thron und Vaterland erkennen, werden wir, unserm Eide auf die Verfassung treu, auch unsere Pflicht erfüllen und thun, was für Thron und Vaterland frommt! (Beifall.)

Abg. Graf Schwerin: Das Resultat der Commissions-Verhandlungen war Anfangs so, daß wir hoffen durften, die Gegner des Erlasses einer Adresse würden die Mehrheit in der Commission haben. Da trat die Differenz zwischen dem Kriegsminister und dem Präsidenten des Hauses ein, und plötzlich erfuhren die Commissions-Verhandlungen über die Adresse einen vollen Umschwung. Wir vertraten unsere Ansicht, als man die Militairdebatte ansetzte. Wir konnten nicht annehmen, daß der zufällige Umstand, welcher die Minister einstweilen verbindet hat, den Sitzungen des Hauses beizuwohnen, das Haus seiner Pflicht entbinden könnte, die Vorlagen zu erledigen. Ich würde den Commissions-Anträgen in Betreff der Militair-Novelle nicht in allen Punkten zugestimmt haben, aber ich erkenne in denselben einen außerordentlichen Fortschritt gegen den negativen Standpunkt des Hauses im vorigen Jahre. Das Haus

würde sich ein gutes Zeugniß ausgestellt haben, wenn es im Stande war ein brauchbares Budget zu notiren; es mußte zeigen, daß die Minister mit ihrer Abwesenheit nicht das Haus strafen, sondern die Krone und das Land schädigen (sehr richtig).

Die Adresse charakterisirt sich als eine Beschwerdeschrift des Hauses über die Regierung bei der Krone. Daß das Haus das Recht hat, eine Adresse zu erlassen, kann nicht zweifelhaft sein, ob es politisch geboten und gerathen ist, den Weg einzuschlagen, darüber habe ich großen Zweifel; Sie kommen dadurch aus dem Dilemma nicht heraus; entweder Sie erholten auf die Adresse eine Antwort von der Person des Königs und dann werden Sie aus dem Art. 41 der Verfassung deduciren, daß die Antwort Ihnen nicht genügt, oder Sie bekommen eine Antwort unter Gegenzeichnung der Minister, über welche Sie sich beschwert haben. Sie werden sagen, wir verlangen keine Antwort, sondern nur, daß auf unsere Wünsche eingegangen wird. Nun frage ich Sie, ob Sie durch eine solche Adresse Ihrem Ziele näher zu kommen glauben, oder ob Sie sich weiter davon entfernen? Ich verlange von jedem politischen Mann, daß er sich die Folgen seiner Schritte vergegenwärtigt. Aber ich irre mich nicht, wenn ich annehme, daß ein großer Theil der Redner, während er nach oben spricht, nach unten sieht. Ihr Augenmerk ist auf die Wirkung gerichtet, welche die Adresse im Volke hat.

Wir sollten dem Lande zeigen, daß wir im Stande sind, etwas Positives zu schaffen. Die Adresse würde nur Aufregung erzeugen, ohne Erfolg zu haben. Aus diesen Gründen waren wir bis gestern ganz entschieden gegen den Erlass einer Adresse. Seit gestern hat sich aber unser Standpunkt geändert. Auch heute können wir dieser Adresse unsere Zustimmung nicht geben; wir glauben uns aber der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, auf die königliche Botschaft eine Antwort zu geben — Ich würde der Wahrheit zu nahe treten, wenn ich es nicht ausspräche, daß der Conflict nicht die Ursache, sondern nur das Symptom ist. Wenn der Herr Referent geäußert hat, daß wir mit der Majorität denselben Standpunkt einnehmen, so muß ich das ablehnen. Wir constatiren eine Thatsache, Sie aber präjudiciren eine Entscheidung; wir stellen der Weisheit Sr. Majestät die Entscheidung anheim. Wir sind der Meinung, daß nicht die Regierung allein die Schuld an dem Conflict trägt, sondern daß das Verhalten der Majorität des Hauses einen Theil daran hat. Allerdings hat die Majorität nur das verfassungsmäßige Recht des Hauses ausgeübt, aber der Gebrauch ist vielfach von der Art gewesen, daß die Interessen des Landes dadurch nicht gefördert worden. Am Schlusse will ich nicht in Abrede stellen, daß in Ihrem Entwurf manche Grundgedanken enthalten sind, denen wir uns nicht verschließen wollen. Wir erkennen mit Ihnen an, daß das preußische Volk die Achtung und Wahrung seines verfassungsmäßigen Rechts fordert; wir bestreiten nicht, daß die durch die Verfassung garantierte Verantwortlichkeit der Minister endlich ins Leben treten muß; wir sind endlich und schließlich mit Ihnen vollkommen einig, daß Preußens Stärke allein beruht auf der Einigkeit zwischen Fürst und Volk und daß diese Einigkeit zur Bedingung macht die Wechselseitigkeit von Vertrauen und Treue; wir wissen, daß wir dem äußern Feinde nur dann mit ganzer Kraft gegenüber treten können, wenn diese Einigkeit vorhanden ist. Wir hoffen und glauben, daß woher diese Angriffe auch kommen mögen, Preußen stark genug sein wird, ihnen zu widerstehen, Angriffe, von denen wir wünschten, daß sie durch eine weise Politik vermieden wären, so weit dies mit der Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes vereinbar ist, unseres preußischen Vaterlandes, als des Vorkämpfers für deutsche Ehre und deutsches Recht. (Bravo.)

Abg. Schulze (Berlin) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Reichensperger's, der den Standpunkt der Minister in so gewandter Weise vertreten habe. Auch die Bedenken der Herren von der polnischen Fraction seien unbedeutend. Die polnische Frage sei früher im Hause ausreichend besprochen und in der Adresse in dem Maße von der auswärtigen Politik genügend berücksichtigt. Redner geht dann zu den Ausführungen des Vorredners. Auch dieser und seine Freunde seien nicht gegen eine Adresse. Man dürfe dieselbe aber nicht, wie jene wollen, auf den Incidenzpunkt beschränken. Er erinnere an die letzten Ereignisse, der Minister habe mit vollem Ernst neulich erklärt, Preußen sei ein Militairstaat. Der lasse sich aber mit dem Verfassungsstaat nicht vereinbaren. Er erinnere weiter an die Vorgänge bei Berathung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes. Auch jetzt deckten sich die Minister wieder durch die Person des Königs. Bei der Militair-Debatte habe der Minister von einem „Handel“ gesprochen, davon, daß man etwas „bieten“ müsse. Nun die Regierung habe dem Hause nicht geboten, was es zu fordern berechtigt sei; die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Leben, die Bürgschaft für weiteres Halten der Verfassung und die Sühne für den Verfassungsbruch. Diese Forderung könne dieses Ministerium nicht erfüllen, sonst müßte es zunächst sich selbst in Anklagestand versetzen. Die Regierung verlange aber, man solle die vorhandene Ungefestigkeit sanctioniren und dadurch zur Geeslichkeit zurückkehren. Und dafür solle man das Recht haben, zu Allem „ja“ sagen zu dürfen!

Die Erfüllung dieses Verlangens führe zum Schein-constitutionalismus, der einzigen Form, in der in unsern Tagen der Absolutismus noch möglich sei. Aus diesem Schlupfwinkel müsse man ihn hinausstreiben. Er könne sich nur halten durch die politische Lüge und die politische Deuchelei (Beifall). Das sei zum Bewußtsein zu bringen nach oben vor den Thron und nach unten dem Volke. Denn jede Adresse habe zwei Seiten, das leugne er nicht. Von dieser Tribüne aus die politische Entwicklung des Volkes fördern helfen, sei eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Nur vor einem sollte man sich hüten, die schlechten Leidenschaften wachzurufen. Man habe dies in neuerer Zeit versucht, aber da standen wir unsern Mann; diesem Bestreben sind wir entgegengetreten. (Lebhafter Beifall.) Diese Bestrebungen gingen aus von der Reaction, sie seien nicht zu suchen in der deutschen Fortschrittspartei!

Wie Löwe schon ausgeführt, sei an der Spitze Deutschlands zu stehen der Beruf Preußens. Dazu gehörten aber fähige Staatsmänner. Bedauerlich sei, daß in der jetzigen Krisis unser Volk, das zum Kampfe bereit sei, sich niedergedrückt fühlen müsse, wenn es auf unsre Führer sehe, und fühlen müsse, daß das deutsche Banner anderen Händen anvertraut werden müsse. Diese Lage der Sache — schon spreche man von einem Apell an das Volk, von der Absicht die Stimmen des Volkes zu fälschen — mache es nothwendig die Lage des Landes der Krone vorzutragen. Man müsse und werde seine Schuldigkeit thun. Und in dem Kampfe habe das Volk einen Bundesgenossen, den Geist der Geschichte und des Fortschritts. Wer die nicht für sich habe, wer sich dem Geist der Geschichte entgegenstemme, der sei verloren. (Beifall.)

Tragsteller Dr. Birchow: Er sehe keinen großen Unterschied in den Zielen beider Adressen. Es habe ihn schwer berührt, daß der Abg. Sr. Schwerin, der es sonst mit der Form so scharf zu nehmen pflegt, unsre Adresse für nicht constitutionell erklärt. Derselbe habe vorgeworfen, daß wir, indem wir nach oben hin sprechen, nach unten hinten sähen. Die Adresse solle allerdings in der schweren Bedrängniß des Landes dem Volke zeigen, wo es allein Hilfe zu suchen habe, um Beirungen im Voraus als unconstitutionell zurückzuweisen, die es ablenken möchten von der gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bahn. Die Abhilfe sei nothwendig und deshalb sei es nothwendig, daß der Weg derselben in bestimmter Weise in der Adresse bezeichnet werde. Dies thue der Entwurf der Commission. Wenn der Schwerin'sche Entwurf dagegen dasselbe Ziel von der Weisheit Sr. Maj. hofft, so sei dies eine constitutionelle Praxis, die nichts bestimmt ausdrücke. — Das Haus dürfe nicht allgemeine Aufforderungen an Seine Majestät richten; sie seien hergeschickt, um offen und bestimmt zu erklären, was ihrer Ueberzeugung nach dem Nutzen des Landes am meisten fromme. Der Abgeordnete Graf Schwerin wünsche, daß das Haus in Gesetzesform seine Willensmeinung und Absicht vor dem Lande darlege. Dann aber müsse das auch in ebenso positiver Weise bei dieser wichtigen Frage geschehen. Man könne doch nicht, so lange das jetzige Ministerium bestehe, welches erklärt habe, es wolle das Haus erst auflösen, bis es vom Lande gehörig gekannt sei, die Abhilfe in der Auflösung des Hauses verlangen. Wir halten uns für den Ausdruck der Majorität des Landes, und dies erkenne auch das Ministerium an, da es nicht zur Auflösung schreite. Das Ministerium werde doch nicht eine Auflösung gegen sein Interesse vornehmen! (Heiterkeit.) Es bleibe also nur übrig, um die Entlassung des Ministeriums zu bitten.

Der Abg. Reichensperger, der heute nicht gerade seinen besten Tag gehabt (Heiterkeit), habe in diesem Pausen der Adresse das Bestreben entdeckt, die parlamentarische Regierung zu etabliren. Aber er habe durchaus nicht die Absicht, Seine Majestät zu bestimmen, aus den Reihen der Majorität seine Minister zu nehmen. Er könne dagegen vielmehr versichern, daß er und seine Freunde jedes Ministerium unterstützen würden, welches auf dem Boden der Verfassung ehrlich verharren werde, und zwar als einfache Bürger und Abgeordnete (Bravo).

Wenn der Abg. Graf Schwerin sage, sie sähen nach unten, wenn sie nach oben sprächen, so scheine es ihm dagegen, daß dieser und seine Freunde, wenn sie nach oben sähen, nach unten sprächen. (Heiterkeit.) Die Adresse solle im Volke das Rechtsbewußtsein, das sittliche Gefühl erhalten und stärken, das nöthig sei, um den Staat aus dem großen Conflict unverfehrt hervorgehen zu lassen. Es handle sich darum, dem Könige zu zeigen, daß das Ministerium das Volk und die Krone in Gefahr bringe. — Der Redner geht nun auf die Interpretation der Verfassung Seitens des Ministeriums Bismarck ein, die nach und nach Artikel für Artikel derselben in Frage gestellt, und sucht darzutun, daß diese Interpretationskunst in dem Schreiben des Ministeriums vom 16. Mai den Gipfel der Kühnheit erklommen. Der Redner erinnert im weiteren Verlaufe in Betreff der äußern Politik an die bekannte Mittheilung des englischen Botschafters über die Unterredung des englischen Gesandten mit Frn. v. Bismarck, in welcher jener diesen darauf hinwies, daß wenn die Haltung der englischen Presse weniger preußenfreundlich sei als bisher, dies nichts zu thun habe mit der Haltung der preußischen Nation. Habe man doch die Freunde zurückgestoßen, preußenfreundliche Blätter verboten u. Schreie eine solche Lage nicht zum Himmel? Er bitte alle Seiten des Hauses, die Adresse anzunehmen, die sein solle für Sr. Majestät ein Rothruf über die gegenwärtige Lage, die unästliche Behandlung der Verfassungsfrage und für das Volk eine Aufforderung festzuhalten an der Verfassung und seinem Rechte. (Bravo!)

Abg. v. Vincke (Stargardt): Er habe nie die Regierungsfähigkeit der Fortschrittspartei in Abrede gestellt, ebensowenig habe er jenen Freunden eine eminente Regierungsfähigkeit zugeschrieben. Was ihn persönlich angehe, so erkläre er, daß ihm wiederholt ein Regierungspostesulle angeboten sei, daß er dies aber immer abgelehnt habe, da er sich nicht für geeignet halte zum Minister. Uebrigens könne er es gar nicht billigen, wenn die Partei des Abg. Birchow darauf verzichte, ein Ministerium zu bilden, dann bliebe also nur übrig, daß sie immer nur in der Opposition bleiben und agitiren wollen.

Abg. Graf Schwerin: Der Abg. Birchow habe von gewissen Männern gesprochen, die sich hätten überrumpeln lassen, zu denen er auch wohl habe gehören sollen: er könne aber nicht zugeben, daß er jemals überrumpelt worden sei, er vertrete, was er als Minister gethan, vollständig noch jetzt.

Abg. Birchow: Es sei Unrecht, daß der Abg. v. Vincke der Fortschrittspartei den Vorwurf der bloßen Agitation mache, da sie kein Ministerium zu bilden beabsichtige, wenn der Abg. v. Vincke sich doch selbst in der Lage befinde, nicht Minister werden, also wohl nur agitiren zu wollen (Große Heiterkeit!) Uebrigens habe er durchaus nicht gesagt, daß nicht nöthigenfalls seine Partei ein Ministerium zu bilden fähig und gewillt sein würde, er habe nur gesagt, daß seine Partei dem Könige nicht sich selbst als Ministerium empfehle, sondern jedes verfassungstreue Ministerium, das Sr. Maj. ernennen würde, unterstützen wolle.

Die Frage, ob eine Adresse an Sr. Maj. den König zu erlassen, wird einstimmig bejaht.

(Fortsetzung morgen in der Frühnummer.)

#### Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Die „Kreuztg.“ meldet daß J. R. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin am ersten Pfingstfeste nach der Altmark abreisen und am 29. Mai nach Potsdam zurückkehren werde, ferner meldet dasselbe Blatt, daß S. R. H. der Prinz Karl seine Uebersiedelung nach Schloß Glienicke verschoben habe.

Die Wiener Presse bestätigt die Nachricht der „B. B.“ daß die Königin von England an Sr. Maj. den König einen auf den gegenwärtigen Verfassungs-Conflict bezüglichen Brief gerichtet habe.

Italien wird, wie die „R. Z.“ zuverlässig erfährt, in Folge der etwas schüden Antwort Gortschaloffs, in der polnischen Frage eine entschiedene Haltung annehmen.

#### Frankreich.

Paris, 20. Mai. Die Wahlbewegung ist im Zunehmen begriffen. Die Theilnahme ist fast eine allgemeine zu nennen. Die der Regierung ganz ergebenen Blätter speien daher auch Feuer und Flammen. Einige, wie die „Patrie“, verhalten sich neutral; die „France“, deren Austrreten höchst merkwürdig ist, behandelt die Oppositions-Candidaten mit einer Milde, einem Wohlwollen, die fast darauf schließen



**Freireligiöse Gemeinde.**  
Am ersten und zweiten Pfingstfeiertage Gottesdienst im Saale des Gewerbaufes, Vormittag 10 Uhr, Festlieder am Eingange. Predigt Herr Prediger K ö d n e r. Am ersten Feiertage Abendmahlfeier.

**H**ute Mittag um 12 Uhr wurde meine liebe Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.  
Danzig, den 23. Mai 1863.  
Th. Anhuth.

**Bekanntmachung.**  
Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rud. Friedr. P e s e n b ü r g e r ist beendet.  
Danzig, den 22. Mai 1863.  
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht, 1. Abtheilung.

**I**n dem Concurs über das Vermögen der Wittwe Caroline Marie K e e s i n g, in Firma J. H. C. K e e s i n g, hier ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord Termin auf

den 13. Juni cr.,  
Vormittags 9 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Commissar im Terminzimmer No. 14 anberaumt worden. Die Beteiligten werden hieron mit dem Bemerkten in Kenntniss gesetzt, dass alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorkrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechneten.  
Danzig, den 8. Mai 1863.  
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.  
Der Commissar des Concurses.  
B u l e n i z,  
Stadt- und Kreisrichter.

**I**n dem Concurs über das Vermögen des Gastwirths und Hakenbänders Heinrich C n s in Gemlich ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord Termin auf

den 17. Juni cr.,  
Vormittags 9 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Commissar im Terminzimmer No. 14 anberaumt worden. Die Beteiligten werden hieron mit dem Bemerkten in Kenntniss gesetzt, dass alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorkrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechneten.  
Danzig, den 16. Mai 1863.  
Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.  
Der Commissar des Concurses.  
B u l e n i z,  
Stadt- und Kreisrichter.

**Die Musikalien-Verlag-Anstalt von Th Eisenhauer,**  
jetzt Langgasse 49, dem bisherigen Geschäftslokale gegenüber, empfiehlt sich unter den bekannten und nützlichsten Bedingungen zu zahlreichen Abonnements.  
Der 17. Druckbogen starke u. ca. 16,000 Nummern enthaltende Catalog kostet 7 1/2 Sgr.  
Großes, möglichst vollständiges Lager neuer Musikalien. [731]

**Die Photographie des „Jüngsten Gerichts“,**  
nach dem Wemling'schen Originale in der Marienkirche zu Danzig, von G. F. B u s s e, ist stets vorräthig und nebst Beleuchtung des Bildes zu beziehen durch A. H i n z, Danzig, Kortennachergasse 4. Preis 2 R. [1569]

**Dem N. F. Daubig'schen Kräuter-Liqueur** (erfunden von dem Apotheker N. F. Daubig in Berlin, Charlottenstr. 19), zur Gabe übergeben wir Nachfolgendes zur allgemeinen Beachtung:  
Sehr geehrter Herr! Ich kann Ihnen zu meiner großen Freude die frohe Botschaft bringen, dass Ihr Kräuter-Liqueur auf den Zustand meiner Gattin die vorzüglichsten Wirkungen hervorgebracht hat. Wie viel ist mit Hausmitteln und Medicamenten versucht worden! Die Wirkungen letzterer waren vorübergehend. Dadurch wurde der Magen immer mehr geschwächt. **Ihr Mittel hat den Magen schon nach Verbrauch einiger Flaschen gestärkt.** Der Substanz in regelmäßig und ohne Schmerzen erfolgt. Meine Frau ist zwar noch schwächer, aber ihr Hausarzt hat ihren Wünschen nachgegeben und billigt es gern, dass wir weiter mit Ihrem Kräuter-Liqueur versuchen, von dem wir uns mit Gottes Hilfe die besten Erfolge versprechen. Zugleich erlaube ich Sie ergehen, mir doch umgehend 8 Flaschen von Ihrem Kräuter-Liqueur übersenden zu wollen.  
Polzin (Hinterpommern), 18. März 1863.  
Mit vorzüglichster Hochachtung ergehenst  
F o s t, Convector.  
Indem ich Sie hiermit ergehenst ersuche, mir wiederum 8 Fl. Ihres Hamorhoidal-Kräuter-Liqueurs gegen Postvorschuß zuzusenden zu wollen, theile ich Ihnen gleichzeitig mit, dass die vor einigen Wochen von Ihnen bezogenen 4 Fl. vorgenannten Fabrikats mir hinsichtlich hartnäckiger Verstopfung und unregelmäßiger Stuhllockerung resp. Verstopfung sehr gute Dienste geleistet haben.  
S c h ö n t h a l, 31. Jan. 1863.  
[1311]  
Hochachtungsvoll  
F r ö h l i c h, Lebrer.

**Zu den Feiertagen** empfehle ich Striegel und Napfchen, so wie die beliebten Warmbrunnen Stempelchen in bester Qualität und zu jedem Preise. Bestellungen werden erbeten und prompt ausgeführt.  
[1604] A. Ludwig, Kortennachergasse 3.



**Nähmaschinen**  
für alle industrielle Zwecke, arbeiten vom feinsten bis zum größten Fadenschnell, sicher und geräuschlos, mit Saum-, Schnur- und Band-Vorrichtung u. Sämmtliche Spindeln der Maschinen sind vom feinsten Stahl gearbeitet und behalten deshalb immer gleichen Gang. Unterricht gratis. Credit ertheilt.  
**R. Kowalsky, Köpfergasse No. 13.**  
Bestellungen nach außerhalb werden, nebst Befugung einer Beschreibung, reell ausgeführt. [1618]

**Englisches patentirtes Schafwoll-Waschmittel**  
aus acht levantinischer Seifenwurzel.  
Zum Waschen der Schafe aus kaltem Wege hat sich dieses Präparat auch in Deutschland vor allen bisher bekannten Wollwaschmitteln ausgezeichnet. Die Zweckmäßigkeit desselben ist nicht nur vom chemisch-technischen Standpunkte aus, sondern auch durch den praktischen Gebrauch in den größten Schäfereien Englands wie des Continents, anerkannt. Beste bekannter landwirthschaftlicher Schäfereien Westpreussens Probewäsche statt. Die Resultate derselben werden in dieser Zeitung und in den hier erscheinenden „Landwirthschaftlichen Mittheilungen“, Organ des Hauptvereins Westpreussischer Landwirthe, mitgetheilt werden und als Atteste im Comptoir des Unterzeichneten zur geneigten Einsicht ausliegen.  
Der Preis stellt sich franco Danzig auf **11 pro 1 Ctr., 6 1/2 pro 1/2 Ctr., 4 1/2 pro 1/4 Ctr.** — Ein Centner reicht zur Wäsche von 800 bis 1000 Schafen aus. — Das Mittel ist nebst genauer Gebrauchsanweisung für Westpreussen allein zu beziehen durch  
**Herrmann Müller, Danzig, Laßadie No. 25.**  
Die Haupt-Niederlage obigen Wollwaschmittels befindet sich für Deutschland bei Moreau Valette in Berlin, Agent für englische Landesproducte. [1575]

**Vernis de la Chine!**  
Dieser neue, für Frankreich patentirte, Trockenfirnis, aus der Fabrik von G. F. Dehnicke in Berlin, trocknet binnen 10 Minuten, ist geruchlos, hat schönen Glanz und verträgt Nässe. Derselbe ist von Sachverständigen taufendfältig geprüft und als das haltbarste und Elegante zum Anstrich der Fußböden öffentlich empfohlen worden. Preis pro Pfund 12 Sgr. incl. Flasche und Gebrauchsanweisung.  
Für Danzig und Umgegend nur allein ächt zu haben bei  
**J. L. Preuss, Portschaisengasse 3.** [1528]

**Den Herren Gutsbesitzern und Geschäfts-Inhabern**  
empfehle ich mein Versorgungs-Bureau auf das Angelegentlichste zur geneigten Beachtung. In demselben sind stets tüchtige Leute mit den vorzüglichsten Empfehlungen aller und jeder Branche zu erfragen. Um gefällige Aufträge bitte  
**A. Baecker, Danzig, Pfefferstadt No. 37.** [1619]

Anträge für die  
**Preussische Hypotheken-, Credit- und Bank-Anstalt**  
IN BERLIN  
nimmt entgegen  
Theodor Tesmer, Langgasse 29. [1622]

**Verkauf eines Ritterguts, Wein- und Cigarren-Lager**  
Abt. Dominium,  
ca. 1 M. von Br. Stargardt unfern der Chaussee. Dieses Gut ist über 31 Jahre in der Hand des Besitzers und wird nur Familienverhältnissen wegen verkauft.  
Areal 945 No. g. Br., ein Plan, in Schläge getheilt, mit festen Gebäuden, bestellten Sommer- und Wintergärten, lebendem und totem Inventarium, 13 Thlr. Abgaben. — Preis 18,000 Thlr., bei 6 bis 7000 Thlr. Anzahlung, Rest fest. Näheres bei  
**E. Bach, Danzig, Koblengasse 1.** [1371]

**Ein herrschaftliches Grundstück,**  
1/2 Meile von Danzig, romantisch gelegen, bestehend in mehreren Wohnungen, Garten, Stall, Scheune und etwas Land, ist mit lebendem und totem Inventarium und Ausaat für 6000 Thlr., bei 2-3000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen und gleich zu übernehmen. Käufer werden gebeten ihre Adressen Fleischergasse 10 parterre einzureichen. [1615]

**Verkäufliche Güter**  
welche ich selbst genau kenne, sowohl in der Nähe Danzigs, als in der Marienburger, Mewer und Culmer Gegend, mit schwerem Boden, in alter Cultur und schön angebaut, sind sogleich zu verkaufen mit Anzahlungen von 3 bis 60 Mille, der Preis variirt zwischen 45 bis 60 Thlr. pro Morgen.  
Selbstkäufern Näheres durch  
**A. Baecker, Pfefferstadt 37.** [1620]

**Gutsverkäufe.**  
Zum Absatz günstig, i. e. d. besten Kreise Westpr. belegene, c. 15 culm. H. incl. c. 4 c. H. Wiesen, mit c. 70 S. Weizen- u. 200 S. Roggenausl., 600 Sch. u. neuen Geb., für c. 4 m. p. c. H., mit 20 m. Anz., ferner c. 30 c. H., incl. 500 M. Wiesen, mit c. 70 S. Weizen- u. 330 S. Roggenausl., 1000 Sch., Brennerei u. gut. Bauglück, für c. 2 1/2 m. p. c. H., mit 30 m. Anz., so wie and. verk. Güter jed. Gr. empfiehlt  
**T. Tesmer, Langgasse 29.** [1623]

**Ein Glashaus, nebst photograph. Apparaten, Präparaten u. s. w. zum Verkauf bei Bach in Diefenburg.** [1617]

**Eine freq. Restauration** ist zu vermieten und mit 800 R. ganz complett sofort zu übernehmen. Adressen in der Exped. d. Btg. unter No. 1629.

**Ein no. junger practisch erfahrener militair-freier Deconom, West-Preuße, seit sieben Jahren in der Landwirthschaft beschäftigt, und gegenwärtig in Ost-Preußen in Condition stehend wird wegen Ortsveränderung seiner jetzigen Stellung entledigt, und wünscht zu Johann d. J. ein anderweitiges Engagement als Administrator oder selbstständiger Verwalter resp. Obers-Inspector eines größeren Gutes.**  
Hierauf reflectirende Herren Besitzer werden ersucht, ihre Briefe an die Exped. dieser Btg. unter Litt. N. N. 1605 einzufenden.

**Ein junger Mann, der einige Jahre in einem Material-Geschäft ein gros fungirt hat, wünscht in einem hiesigen Comptoir oder Expedition-Geschäft beschäftigt zu werden; etwaige Offerten beliebe man unter 1603 in der Exped. dieser Zeitung abzugeben.**

**E. Arendt's**  
**Restauration und Bierhalle**  
Holzmarkt 19,  
früher G. A. Jacobsen,  
erlaubt sich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß mit heutigem Tage ein ganz neues, französisches Billard aufgestellt habe u. empfehle selbiges dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung, so wie mein vorzügliches Bairisch-Bier, gute billige Speisen und Getränke, bei freundlicher Bedienung.  
Emil Arendt, Holzmarkt 19.

**Danzig, Oliva u. Zoppot.**  
Am 1. Pfingst-Feiertage beginnen die regelmäßigen Fahrten meiner Journalieren von der Conditorei des Herrn Grenzenberg am Langenmarkt, und zwar an Feiertagen und Sonntag's um 9 Uhr Morgens und 2 Uhr Nachmittags von Danzig, und um 11 Uhr Vormittags und 8 Uhr Abends von Zoppot, dagegen an den Wochentagen vorläufig nur um 2 Uhr Nachmittags von Danzig und 8 Uhr Abends von Zoppot.  
Billets à 5 Sgr. nach Oliva oder 6 Sgr. nach Zoppot, sind hier in der Conditorei des Herrn Grenzenberg für hin und retour und in Zoppot bei Herrn Stelter zu haben. [1538]

**Zur Versammlung des botanischen Vereins** für Ost- und Westpreußen, auf Mittwoch den 27. Mai, Morgens 8 1/2 Uhr, laße die verehrten Herren Mitglieder und Freunde desselben ergebenst ein. Das Local der Naturforschenden Gesellschaft am Frauenhof No. 26 ist zur Versammlung bestimmt.  
Danzig, den 15. Mai 1863.  
[1372] Dr. Klinsmann.

**Berein der Liberalen des Danziger Wahlkreises.**  
Dienstag, den 26. Mai, Abends 1/2 8 Uhr, Versammlung im Apollo-Saale des früheren Hotel du Nord. Vorläufige Tagesordnung: 1) Geschäftliche Mittheilungen. 2) Antrag des Herrn Rechtsanwält Lipke, dahin lautend: die Versammlung erklärt, daß so wünschenswerth auch das Zustandekommen der Danziger Neufahrwasser Eisenbahn für das Localinteresse der Stadt Danzig ist, doch darauf verzichtet werden muß, wenn dasselbe nur durch eine dem gegenwärtigen Ministerium zu bewilligende neue Anleihe, oder Vermehrung einer bereits zu anderen Zwecken bewilligten Anleihe bewirkt werden kann. 3) Beantwortung der eingegangenen Fragen.  
Der Vorstand. [1536]

**Selonke's**  
**Etablissement auf Langgarten.**  
Am ersten und zweiten Pfingstfeiertage:  
**Früh- (Abonnements-) CONCERT.**  
Anfang 6 Uhr.  
Am denselben Tagen Nachmittags:  
**Abonnements- CONCERT.**  
Anfang 5 Uhr.  
Bei ungünstiger Witterung CONCERT im Saale.  
Entrée 2 1/2 Sgr.  
F. Keil. [1613]

**Neues Etablissement.**  
Am nächsten Pfingstfeste werde ich mein neu erbautes Lokal auf dem  
**Weinberg zu Schidlitz,**  
das wie ich hoffe, durch die Eleganz seiner inneren Einrichtung dem Geschmack eines gebildeten Publikums entsprechen wird, durch ein Früh-Concert um 5 1/2 Uhr der Winter'schen Capelle eröffnen. Indem ich diese Anzeige mache, empfehle ich mich zugleich der Aufmerksamkeit und Gunst des verehrten Publikums.  
[1600] **J. M. Schultz.**

**Inspector**  
mit ganz vorzüglichen Empfehlungen suchen Placements durch  
**A. Baecker, Pfefferstadt No. 37.** [1621]

**Victoria-Theater**  
zu Danzig.  
Sonntag, den 24. Mai 1863.  
Zum ersten Male: Zwei verkürzte Lebensmüden, oder Alles ist verliert. Lustspiel-Posse in 5 Acten von R. v. p. h.  
Montag, den 25. Mai 1863.  
Zum ersten Male: Der Talisman, oder Wie einer durch die Verwickeln sein Glück macht. Posse mit Gesang in 3 Acten von Johann Restroy, mit neuen Einlagen.  
Dienstag, den 26. Mai 1863.  
Zum ersten Male: Der Fabrikant, oder Cüer aus der Kaufmannschaft. Schauspiel in 3 Acten von Emil Deverant. Hierauf zum zweiten Male: Vom Juristentag, oder ein Berliner Kreisrichter in Wien. Posse mit Gesang in 1 Act von Langer u. D. Kalisch.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.